

Abonnement: für Berlin vierteljährlich 6 M 75 P., für das deutsche Reich und ganz Oesterreich 9 M incl. der Postbeförderungsgebühren. Bestellungen nehmen an die Expedition, W. (S.) Mohren-straße 59, und sämtliche Postanstalten.

National-Zeitung.

Inserate. — Die Beizelle: Morgen-Ausgabe 4-gelapfen 40 P. Colonne resp. deren Theile 300 M u. f. w. Abend-Ausgabe 3-gelapfen 60 P. — Kleine 3-gelapfen 1 M 50 P. — Colonne 450 M u. f. w.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

3. Sitzung vom 19. Januar.

12 Uhr. Am Ministertische: Dr. von Scholz, Dr. Friedberg, Ministerialdirektor Schulz, Geh. Oberfinanzrath Lehnert u. a. Eingegangen sind der Bericht über die im Jahre 1886 stattgehabten Verhandlungen des Landesbeiraths, und ein Nachweis über die 1886/87 stattgehabte Aus- und Einzahlung von Besoldungen in den königlichen Bezirken.

Auf der Tagesordnung steht als erster Gegenstand die Beratung des Antrages des Abg. Dr. Lieber, Hise, Letocha u. Gen., welcher lautet:

Die königliche Staatsregierung aufzufordern, die Vermehrung der Zahl der mit der Beaufsichtigung der Fabriken betrauten Beamten (Landesbeirathsbeamten, § 139b) unter thunlichster Berücksichtigung der Aufwandsverhältnisse überall da herbeizuführen, wo sich das Bedürfnis einer solchen Maßregel zur vollkommenen Erfüllung der Aufsichtszwecke bereits herausgestellt hat oder noch herausstellen wird.

Das Wort erhält zunächst der Antragsteller

Abg. Dr. Lieber (Zentrum): Unter den verschiedenen Arbeiter-Angelegenheiten im Reichstage befand sich auch der des Abg. Auer und Genossen, betr. obligatorische Einrichtung von Arbeitskammern, Schiedsgerichten etc. Es wurde also eine vollständig neue Arbeitsorganisation damit beantragt. Die Kommission des Reichstages lehnte diesen Antrag ab, nahm aber zwei Resolutionen an, welche dahin gingen, eine Vermehrung der Fabrikinspektoren und die obligatorische Einführung von Gewerbe-gerichten zu beschließen. Die erste Resolution sehen Sie mutatis mutandis in meinem Antrag heute wieder. Die Kommission des Reichstages erkannte damit an, daß die bestehenden Mängel in der Fabrikgesetzgebung nur durch eine Vermehrung der Fabrikinspektoren und damit Hand in Hand gehende Verfeinerung der Aufsichtsbefugnisse dieser Beamten beseitigt werden könnten. Das Plenum des Reichstages hat im vorigen Jahre am 17. März fast einstimmig die Resolution der Kommission angenommen, auch die sogenannten staatsrechtlichen Parteien haben mit ganz wenigen Ausnahmen dafür gestimmt; nur die Sozialdemokraten verhielten sich ablehnend. Seitens des Regierungsvertreter, des Geheimraths Rohmann, wurden auch keine materiellen Einwendungen erhoben, sondern nur bemerkt, daß die Fabrikinspektoren Landesbeamte seien und daß man erst die Entwicklung der Berufsvereinigungen abwarten müsse, die auch auf diesem Gebiete leistungsfähig wirken könnten.

Sich wiederholte, der Reichstag hat fast einstimmig diesen Uebelsand anerkannt, der Bundesrath hat dagegen beschlossen, den Resolutionen keine Folge zu geben, jedoch nicht aus materiellen, sondern, wie der Herr Minister v. Boetticher erklärt hat, nur aus formalen Gründen; denn der Landesgesetzgebung müsse diese Frage zur Entscheidung überlassen bleiben. Mit diesem theoretischen Standpunkt kommen wir aber nicht vorwärts, deshalb habe ich mit meinen Freunden den Weg unseres Antrages betreten. Das Königreich Sachsen hat mit seinen 7 Fabrikinspektoren und 13 Assistenten schon mehr Aufsichtsbefugnisse, als das ganze Königreich Preußen. Ich schließe mit dem Wunsche, daß auch uns, wie dem Reichstag die jährlichen Berichte der Fabrikinspektoren zugänglich gemacht werden und bitte das hohe Haus um eine wohlwollende Aufnahme resp. Annahme meines Antrages.

Unterstaatssekretär Wladenburg: Zunächst liegt es mir ob, dem Bedauern des Ministers von Boetticher Ausdruck zu geben, darüber, daß es ihm auf Grund dringender Geschäfte unmöglich ist, der heutigen Sitzung beizuwohnen. Ich bin aber ermächtigt, die Erklärung abzugeben, daß die Regierung sich der Pflicht nicht entziehen wird, die Frage der Vermehrung der Fabrikinspektoren eingehend zu prüfen. Der Vorredner hat mit einer gewissen Schärfe hervorgehoben, es sei in Bezug auf die Frage der Vermehrung der Fabrikinspektoren von Seiten der Vertreter Preußens im Bundesrath lediglich eine formalistisch-dilatorische Haltung eingenommen worden mit Rücksicht auf die Unfallversicherungsgesetzgebung. Ich möchte ihn daran erinnern, daß nach der ganzen Gestaltung und nach der Absicht des Unfallversicherungsgesetzes neben der Absicht einer wirksamen hinreichenden Verbesserung der Arbeiter hinsichtlich ihrer Lebensbedürfnisse im Falle der Verunglückung doch namentlich auch das Ziel im Auge behalten worden ist, auf eine gesicherte Verhütung der Unfälle hinzuwirken. Der ganze Apparat der Berufsvereinigungen und die organische Zusammenfassung aller Kräfte auf diesem Gebiete hat vor Allem den Zweck gehabt, dieser Aufgabe gerecht zu werden. Da diese Gesetze erst vor einer verhältnismäßig recht kurzen Zeit in Kraft getreten sind, so dürfen wir eine billige Berücksichtigung hier wohl in Anspruch nehmen. Auch ist bereits zur Verhütung von Unfällen seitens der Berufsvereinigungen Erhebliches geleistet worden. Da bedarf es wohl einer gewissen Ermüdung, ob nicht mit Rücksicht auf den weiteren Verlauf dieser organischen Gestaltung zur Zeit von einer aus anderen Gründen vielleicht ausgelegten Vermehrung der Gewerbeartze Abstand zu nehmen ist.

Der Vorredner hat darauf hingewiesen, daß im Königreich Sachsen 20 Beamte mit der Fabrikbeaufsichtigung betraut seien, während im Königreich Preußen, so weit er wisse, nur 19 Fabrikinspektoren vorhanden wären. Auf eine Berücksichtigung dieser Zahlen verzichte ich, da das ein Nebenpunkt ist, es sind aber für Preußen einige mehr, wenn wir die Assistenten einrechnen. Ich möchte auch darauf aufmerksam machen, daß in Sachsen diese Beamtenkategorie nicht ausschließlich wie in Preußen mit der Fabrikinspektion beauftragt ist. Im Königreich Sachsen haben die betr. Beamten vielmehr auch Dampfseilseilzweigungen vorzunehmen.

Schließlich gestatten Sie mir wohl, darauf hinzuweisen, wie die königliche Staatsregierung keineswegs sich negativ und abweisend zu der Forderung des Instituts der Fabrikinspektoren verhält. Der dem Hause vorliegende Entwurf weist in Kap. 68 unter Titel 3 die Umwandlung von vier kommissarischen Stellen in vier etatsmäßige Stellen auf. Ich behaupte keineswegs, daß damit eine Vermehrung eintrete. Darin behaupte ich aber, daß ein sehr bedeutendes Interesse der Regierung für diese Beamtenkategorie. Sie werden ferner finden, daß in Kap. 68, Titel 6 eine wirkliche Vermehrung der Assistenten um zwei Stellen vorgesehen ist. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß diese Anträge auf billige Berücksichtigung und Erfüllung seitens des hohen Hauses werden rechnen können.

Abg. Goldschmidt: Meine Freunde stehen dem vorliegenden Antrage durchaus sympathisch gegenüber. Auch wir wünschen, daß das Institut der Fabrikinspektoren in Preußen eine wesentliche Förderung erfahre und eine intensiver Tätigkeit entfalten könne. Wir wünschen aber, daß der dankenswerthe Antrag einer eingehenden und gründlichen Prüfung unterzogen werde, und daß den mit der Beaufsichtigung von Fabriken betrauten Beamten die Grenzen ihrer Wirksamkeit präzisiert werden. Ich wünsche das besonders den Berufsvereinigungen gegenüber, auf welche ja ein großer Theil der Befugnisse, welche vor dem Erlaß des Unfallversicherungsgesetzes allein den Fabrikinspektoren oblagen, und in welchen diese, wie ich gerne anerkenne, eine leistungsfähige Tätigkeit ausübten, übertragen ist. Ich habe hier natürlich die Arbeiterkassen vor Augen. Der § 120, Absatz 3 der Reichsgewerbeordnung, auf welche der § 139b, der die Tätigkeit der Fabrikinspektoren feststellt, Bezug nimmt, und der § 78 des Unfallversicherungsgesetzes bewegen sich nach der gleichen Richtung hin, und der § 78 des Unfallversicherungsgesetzes räumt den Genossenschaften sehr weitgehende Vollmachten und Strafbefugnisse ein. Man wird mir zugeben, daß nach diesen beiden Paragraphen der Reichsgesetzgebung die beiden Faktoren, die Fabrikinspektoren und die Berufsvereinigungen in Konflikt gerathen müssen. Ich lasse dahingestellt, ob die Schöpfung der Berufsvereinigungen ein besonders glücklicher Gedanke war, und ob es weise war, ihnen so weitgehende Befugnisse einzuräumen; aber die Berufsvereinigungen sind vorhanden und alle Beilehigten üben, so weit mir bekannt, mit großer Hingabe ihre Tätigkeit aus. Ich kann nur wiederholen, daß ich den Antrag lebhaft begrüße. Die großen Schwierigkeiten in der Regelung der Aufgaben der Fabrikinspektoren haben mich zu meinen kurzen Bemerkungen veranlaßt, und ich schlage vor, den Antrag der Herren Dr. Lieber, Hise und Letocha einer Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen.

Abg. Rohren (Freikonservativ): Wenn der damaligen Resolution des Reichstages der Bundesrath nicht entsprechen hat, so war das ganz richtig, da die Fabrikinspektoren eben nicht Landesbeamte sind; und sie müssen Landesbeamte sein, weil ihnen eine gewisse Einwirkung auf die Landespolizei überlassen zu sein. Eine Vermehrung der Fabrikinspektoren ist gewiß notwendig, schon aus dem Grunde, weil es den Inspektoren sonst unmöglich ist, einen klaren Einblick in die Tag- und Nachtarbeit, sowie in die Sonntagsarbeit zu erlangen; außerdem weil es nöthig ist, die Tätigkeit der Fabrikinspektoren auf die Kleinindustrie auszuweiten. Wir sind daher prinzipiell für den Antrag Lieber, doch wünschen wir eine Verweisung desselben nicht an eine besondere, sondern an die Budgetkommission.

Abg. v. Münnigerode (Folk.): Auch wir stehen dem Antrag Lieber wohlwollend gegenüber; wir hätten es freilich für richtiger gehalten, wenn der Antragsteller seine Wünsche bei Gelegenheit des Etats vorgebracht hätte. Zur Kommissionsberatung des Antrages bin ich ebenfalls, halte aber eine besondere Kommission nach dem Antrag des Abg. Goldschmidt dafür für geeigneter, als die Budgetkommission.

Abg. v. Gerner (natl.): Die Angelegenheit, welche den vorliegenden Antrag betrifft, ist schon sehr häufig sowohl hier im Landtage, als im Reichstage in sehr ausführlicher Weise behandelt worden und hat stets die mächtigste Berücksichtigung seitens unserer politischen Freunde gefunden. Mit denselben Sympathien haben wir auch diesen Antrag Lieber begrüßt. Die Berücksichtigung der gewerblichen Anlagen und speziell der jugendlichen Arbeiter ist ja bisher in befriedigendem Maße von den Fabrikinspektoren ausgeübt worden, vollkommen ist sie wohl in Folge des Mangels an genügendem Material nicht gewesen. Wir haben auch Klagen gehört, aber im Großen und Ganzen sind die Fabrikinspektoren mit Fleiß, Aufmerksamkeit und eingehender Arbeit derjenigen Stellung, die sie einnehmen, nämlich eine Vertretung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern, gerecht geworden. Ich gehe nun in der optimistischen Auffassung nicht so weit, wie Abg. Rohren, welcher meinte, mit der Ausdehnung dieser Institution die sozialdemokratische Organisation zu zertrümmern zu können. Ich glaube, dazu gehört noch mehr. Die Kompetenz der Fabrikinspektoren ist ja in Preußen noch erweitert worden; es ist ihnen die Begutachtung bei der Konzeptionsstellung zu gewerblichen Anlagen zugewiesen. Ich glaube, es wird eine weitere Erweiterung noch dahin eintreten müssen, daß gemeinsame Konferenzen der Fabrikinspektoren stattfinden.

Nun ist ja wohl anzuerkennen, daß die Aufsichtsbefugnisse zu groß sind, speziell der Regierungsbefugnisse Düsseldorf hat bei ungefähr 7000 Fabriken und bei 1400 Fabrikanten, die Kinderarbeit bedürfen, nur einen Gewerbeartze. Die Wirksamkeit eines solchen Gewerbeartzes — es handelt sich hier um den Dr. Wolf — ist eine so vielseitige und umfassende, daß es ganz unmöglich ist, daß er seine ganze Aufgabe vollständig erfüllt. Neben der Inspektion hat er eine Reihe von Entschüssen abzugeben, er wird vielfach von Arbeitern und Arbeitgebern um Rath angegangen, er muß als gerichtlicher Sachverständiger fungieren, und die Revision der Fabriken kann daher unmöglich immer in wünschenswerther Weise geschehen. Bei unserer Anerkennung der Verdienste des jetzigen Gewerbeartzes im Regierungsbezirk Düsseldorf haben wir es jedoch zu beklagen, daß derselbe besonders in einer Beurtheilung der Verhältnisse des Wuppertals Sachen hinein-gefallen, bei denen man ihn als kompetenten Beurtheiler nicht anerkennen kann, wodurch eine Kälte zwischen ihm und den Fabrikinspektoren eingetreten ist. Das sind aber Einzelheiten. In Bezug auf die gegenwärtige Wirksamkeit der ganzen Institution wollen wir kein Urtheil abgeben. Mit dem Abg. Goldschmidt möchte ich allerdings wünschen, daß die Angelegenheit in der Kommission geprüft wird. Die Bezirk sind momentan groß, aber es wird immerhin in genügendem Maße inspiert. Die Inspektion der Fabriken steht zunächst der Ortspolizei zu, und diese kann schon viel thun. Neben der Polizei kommt dann der Fabrikinspektor, und dann haben wir allerdings durch die Einrichtung der Berufsvereinigungen einen neuen Beamten bekommen, der ebenfalls die Inspektion der Fabriken besorgt, und dieser prüft sie sehr eingehend, weil jeder Fehler an dem Geldbeutel der Genossenschaft sich geltend macht.

Dem Antrag auf Ueberweisung des vorliegenden Antrages an eine besondere Kommission schreibe ich mich an. Ich glaube aber, daß wenn der Kollege Goldschmidt eine Kommission von 21 Mitgliedern vorschlägt, diese Zahl etwas hoch gegriffen ist. Ich glaube, für diesen schon so vielfach durchgearbeiteten Gegenstand dürfte eine Kommission von 14 Mitgliedern genügen. Ich möchte mir erlauben, einen bescheidenen Antrag zu stellen.

Abg. Kleinhold (natl.): Wer den hier in Rede stehenden Verhältnissen einigermassen nahesteht, wird wissen, daß seit Bildung der Berufsvereinigungen und ihrer Gliederung in Sektionen überall die erfreulichste Theilnahme sowohl der Industriellen sowie sämtlicher Angehöriger für das Institut der Fabrikinspektoren hervorgetreten ist. Aber wir können meines Erachtens hier nicht so lange warten, wir müssen bedenken, daß eine außerordentlich große Zahl von Unfällen (Sie können sich aus dem Bericht selbst davon überzeugen) sehr gut zu vermeiden gewesen wäre, daß eine Unmasse von Menschenleben und Arbeitskräften verloren geht dadurch, daß wegen der ungenügenden Zahl von Fabrikinspektoren Betriebe eingeleitet sind, wo zur Verhütung von Unfällen nichts gethan wird. Ferner wird ein jeder, der die Verhältnisse kennt, mit beständiger, daß die gewerblichen Schiedsgerichte bei der Vermittlung von Entschädigungen und Renten für verunglückte Arbeiter sich so entgegenkommend und zum Theil extraragant zeigen, daß dadurch die Berufsvereinigungen in sehr erheblicher Weise belastet werden. Die Schiedsgerichte sprechen sich meist so wohlwollend aus für die Arbeitenden und bewilligen den Renten, daß man nicht ohne Sorge die weitere Entwicklung dieser Institution betrachten kann. Daher ist die hier angeregte Frage eine solche, wo wir durchaus nicht behaglich zuwarten können, sondern wo wir die Verpflichtung haben, die Staatsregierung, die in diesem Fall der einzige Stütze ist, zu drängen, daß sie endlich auf eine Vermehrung dieser Beamten hinwirke. Es handelt sich doch nur um wesentlich sehr geringe Summen, die in den Etat einzuflechten sind. Und da der Landtag bereit ist, diese zu bewilligen, ist nicht einzusehen, warum keine Vermehrung der Fabrikinspektoren eintreten soll. Kann glaublich, kann denkbar ist es, wenn ein Bezirk wie Düsseldorf nur einen einzigen Gewerbebeamten hat, zumal da sich die Zahl der gewerblichen Fabrikanlagen dort stetig vermehrt. Namentlich am Rhein sind neue Fabrikanlagen in großem Maßstabe geplant. Für Charlebourg und Berlin ist auch nur ein Gewerbeartze vorhanden und hier nimmt wieder die Zahl der kleinen Betriebe, besonders der Gießereien, fortwährend zu. Ich sehe nun gar nicht ein, warum wir uns hier mit dem kleinen Sachien beschränken lassen sollten. Ich meine, es ist ein dummer Irrthum, wenn in Folge mangelnder Aufsicht Arbeiter verunglücken und dann die Berufsvereinigungen mit enormen Renten belastet. Daher möchte ich in der That bitten, daß das hohe Haus möglichst einstimmig

den Antrag Hise-Lieber, den ich außerordentlich begrüße, einer Kommission zur Prüfung überweise. (Beifall.)

Die Debatte wird geschlossen. Nach dem Schlusswort des Antragstellers Abg. Hise zieht

Abg. Dr. Goldschmidt seinen Antrag zu Gunsten desjenigen, die Kommission aus 14 Mitgliedern bestehen zu lassen, zurück.

Das Haus beschließt die Ueberweisung an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Die Ueberweisung von den Staatseinnahmen und Ausgaben mit dem Nachweise von den Etatsüberschreitungen und den der nachträglichen Genehmigung bedürftigen außeretatmäßigen Ausgaben für das Jahr vom 1. April 1885—86, sowie die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt des Jahres vom 1. April 1883—84 werden der Rechnungs-Kommission überwiesen.

Der Rechenschaftsbericht über die weitere Ausführung des Gesetzes vom 19. Dezember 1869, betreffend die Konstellationen preussischer Staatsanleihen wird durch Kenntnisnahme erledigt.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Abgrenzung und Organisation der Berufsvereinigungen auf Grund des § 110 des Reichsgesetzes über die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen vom 5. Mai 1884.

Abg. Dr. Oberth (Folk.): Die Annahme der Vorlage ist unzweifelhaft, da sie nur die Konsequenz des Reichsanfallversicherungsgesetzes ist. Wir werden sie aber an eine Kommission von 14 oder 21 Mitgliedern verweisen müssen. Von dem System der territorialen Genossenschaft, der spontanen Vertretung gleicher Interessen, wie sie der Reichsgesetzgebung über die Unfallversicherung zu Grunde liegt, ist in dieser Vorlage nichts übrig geblieben. Eine retrospektive Kritik über dieses Gesetz würde jedoch heute allzuweit führen. Das ganze Gesetz läuft aber darauf hinaus, den Unterbau der Krankenversicherung, den die liberale Partei nunmehr seit mehr als 20 Jahren gefördert hat, hier herauszulassen. Die ganzen Ausführungen der Unfallversicherung sollen bürokratisch sein und durch die Organe der Selbstverwaltung geleitet werden, welche doch schon, wie auch die Mitglieder selbst zugeben, so überlastet sind, daß ich nicht weiß, wie durch eine zweckmäßige Organisation der 4213 000 landlichen Arbeiter durchgeföhrt werden soll. Wer die Kosten tragen soll und wie dieselben aufzubringen sein werden, ob durch Umlage oder auf andere Weise, darüber ist in der Vorlage nichts gesagt, ebenso wenig, welche Steuerleistungen, ob Grund- oder Personallsteuer, den Maßstab bieten sollen. Meine politischen Freunde sind sehr neugierig, was darüber in der Kommission mitgetheilt werden wird. Es wird dies die Probe sein, wie weit die Solidarität gegen die armeren und arbeitenden Klassen in den besser situierten Klassen geht.

Abg. v. Randschaupt (Folk.): Wenn man mit einer so scharfen Kritik vorgeht, so muß man doch wenigstens die Grundzüge des Reichsgesetzes kennen, auf Grund dessen diese Vorlage von der Landesregierung gemacht ist. Wenn der Abg. Oberth klagt, daß der arme Arbeiter die Kosten nicht tragen kann, so hat er die Unfallversicherungsgesetzgebung nicht gelesen (Seitens des Reichstages); denn die Arbeitgeber tragen alle Kosten. Solche Äußerungen haben nur den agitatorischen Zweck, bemerkbar zu machen, daß die Fortschrittspartei den armen Arbeiter in Schung nimmt. Die konservative Partei im Reichstage hat immer die Unfallversicherung der landlichen Arbeiter als eine wichtige Aufgabe der sozialen Gesetzgebung gefordert und auf das Innehalten derselben gedrungen. Ich hätte auch gewünscht, daß man die Krankenversicherung, die der Unterbau der Unfallversicherung ist, für die landlichen Arbeiter ebenfalls obligatorisch gemacht hätte, aber ich verliedere, daß die von Ihnen so sehr angepriesenen Selbstverwaltungsgesetze, der schon an die Kasse für die landlichen Arbeiter gedacht haben; in Sachsen ist die Krankenversicherung schon obligatorisch. Wenn im Osten bisher nichts geschehen ist, so liegt das einmal an den Kosten und zweitens an der Bedürfnisfrage.

Die Klausel der §§ 136/37 des neuen Unfall-Versicherungsgesetzes, welche gestattet, auch die Bezahlung der Löhne in natura auf das Krankengeld anzurechnen, wird auch im Osten die Einführung der Krankenversicherung erleichtern. Durch diese Versicherung wird den Arbeitern eine so billige Form der Krankenpflege gewährt, wie sie sich kein Einzelner durch Kontrakte mit Arzt und Apotheker verschaffen kann, und je weiter die Ortskraft von dem Orte der Arbeit liegt, um so wohlthätiger wird die Einrichtung wirken. Wenn der Vorredner einen Antrag auf Durchführung obligatorischer Krankenversicherung im Osten anbringen würde, würde ich ihm sehr gern dabei beistehen.

Besüglich der vorgeschlagenen Verwaltung sprach der Vorredner von einer sehr bürokratischen Form. Wenn die Regierung aber der Meinung ist, daß auch die Städte mitwirken können, so erblicken wir darin einen großen Vorzug. Die Durchführung der Genossenschaften würde Genossenschaftsvereinigungen von mindestens 400 Köpfen zur Folge haben. Das ist doch kein Körper, mit dem man alle die in Betracht kommenden Fragen durchberathen kann. Ich würde einen Schritt weiter gehen und schon mit Rücksicht auf die hohen Kosten nur Vereinigungen von 50—60 Köpfen feststellen. Im Uebrigen schreibe ich mich dem Antrag auf Verweisung an eine Kommission an.

Landwirtschaftsminister Dr. Lucius: Ich befinde mich diesen Verhandlungen gegenüber in einer unangünstigen Lage, weil ich verhindert war, dem Antrage der Ausführenden des Herrn Abgeordneten, der zuerst gegen die Regierungsvorlage sprach, zu hören. So weit ich ihn aber gehört habe, und so viel ich aus den Wiederlegungen des Abg. von Randschaupt entnehmen kann, scheint er mir die Vorlage nach allen Richtungen hin durchaus mißverstanden zu haben. Seine Polemik richtete sich meines Erachtens viel mehr gegen das Reichsgesetz, als gegen dieses preussische Landesgesetz, welches lediglich ausführend ist. Es wird durchaus nicht schwierig sein, nachzuweisen, daß dieser Gesetzentwurf genau die Gesichtspunkte, welche bei der Reichstagsmajorität maßgebend waren, verwirklicht. Sie können doch nicht verlangen, daß die preussische Landesregierung sich nach dem Gutachten der Minorität bei der Ausföhrung dieses Gesetzes richtet. Nun ist aber im Reichstage seitens der Majorität besonders der Gesichtspunkt hervorgehoben worden, daß es zweckmäßig ist, so vollkommen neue und schwierige Organisationen an andere bereits bestehende Organisationen anzuschließen und zwar besonders an die kommunalen Organisationen anzuschließen. Ich weiß nicht, wie der Herr Abg. Oberth diese kommunalen Organe als bürokratisch bezeichnen kann, ich meine, es sind Selbstverwaltungsgesetze, die mitten im Leben stehen und sich nach allen Richtungen hin, den bis jetzt gewachten Erfolgen nach, bewähren werden. Der Herr Abgeordnete hat dann ferner irgendwelche Grundzüge über die Aufbringung der Kosten und den Vertheilungsmäßigkeitsvermittlung; es sind dies aber doch Fragen, welche den Berufsvereinigungen und deren konstituierenden Vereinigungen überlassen sind. Es handelt sich da um eigene Entschlüsse der Genossenschaften, welche selbstständig festgestellt werden können. Wir haben gar keine Veranlassung und meines Erachtens auch gar kein Recht, hier vorzugreifen. Diese Frage ist im Reichstage sehr eingehend besprochen worden; u. a. wurde darauf hingewiesen, daß ein sehr zweckmäßiger Maßstab für die Vertheilung der Kosten vielleicht der der Kreissteuer sein könnte. Es sind ferner — wenn ich nicht irre, vom Abg. Buhl — ziemlich ausführliche Zahlen angegeben worden, daß sich für verschiedene Länder, nicht bloß für

Druck und Verlag der National-Zeitung Dr. F. Salomon in Berlin